

Sitzungsvorlage Nr. 244/2019

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und
Verwaltung
am 13.03.2019



zur Beschlussfassung

- Öffentliche Sitzung -

13.03.2019 - Dokument1
469 - WIV-Ö - 000/2018

Zu Tagesordnungspunkt 2

Nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart

u.a. Antrag der SPD-Fraktion vom 20. Oktober 2017 „Aufbau einer regionalen Mobilitätsagentur als Baustein einer Smart City Initiative“. Punkt 1 wird aufgrund des Sachzusammenhangs in der Vorlage „Berichtsformat zur Förderung der Elektromobilität“ (TOP 1 im heutigen Ausschuss) behandelt, Punkt 4 wurde laut Beschluss in der Regionalversammlung vom 06.12.2017 zur Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

I. Nachhaltige Mobilität in der Region Stuttgart – Projekte und Förderprogramme

Mit dem Ziel Mobilität ökologisch, sozial gerecht und wirtschaftlich zu gestalten, werden unter dem Begriff „nachhaltige Mobilität“ seit einigen Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten in Kommunen umgesetzt. Sie reichen beispielsweise von reinen Infrastrukturmaßnahmen wie der Einrichtung von Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, über Maßnahmen zur Verkehrssteuerung bis hin zum übergreifenden Verkehrsmanagement. Diese werden in den meisten Fällen finanziell durch verschiedene Förderprogramme auf Bundes-, Landes- und Regionalebene unterstützt.

„Pionierarbeit“ in der Region Stuttgart leistete hier insbesondere das **regionale Kofinanzierungsprogramm Nachhaltige Mobilität**, mit dem alleine von 2012 bis 2015 24 Projekte verschiedenster Art in den Handlungsfeldern Wirtschaftsverkehr, Elektromobilität, Informations- und Kommunikationstechnologie und Intermodalität bzw. Multimodalität erfolgreich umgesetzt wurden. 2016 erfolgte die Konzentration auf die Förderung regionaler Mobilitätspunkte (Backnang, Böblingen, Gingen a.d.F., Göppingen, Kernen i. Remstal, Leinfelden-Echterdingen, Leonberg, Sindelfingen, Waiblingen), die zusammen mit den über die RegioWIN-Förderung (EFRE-Mittel) finanzierten Mobilitätspunkten durch die Geschäftsstelle vernetzt, betreut und koordiniert werden. In der aktuellen Ausschreibungsrunde ist das regionale Kofinanzierungsprogramm wieder auf die ursprünglichen Handlungsfelder ausgerichtet. Eine ausführliche Übersicht über umgesetzte Projekte und beteiligte Kommunen sind in der beiliegenden Broschüre „Modellregion für nachhaltige Mobilität“ (Anlage 2) und in den Sitzungsvorlagen des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung vom 28.06.2017 mit der Nr. 129/2017 und vom 08.10.2018 mit der Nr. 220/2018 zu finden.

Ein weiteres Programm der „ersten Stunde“ war die **Landesinitiative Elektromobilität**, die 2010 startete und aktuell mit der Landesinitiative Elektromobilität III mit einer Laufzeit von 2017 bis 2021 (43,5 Mio. Euro) fortgeführt wird. Sie beinhaltet eine deutliche Ausweitung der Förderung der Elektromobilität und umfasst bspw. die Förderung der Ladeinfrastruktur über das „2000-Ladesäulen-Programm“ (ca. 10 Mio. Euro) oder die Unterstützung der elektromobilen Logistik in Klein- und Mittelstädten (ca. 1 Mio. Euro). Eine Übersicht über die einzelnen Förderschwerpunkte ist Anlage 3 zu entnehmen.

Im Jahr 2011 wurde des Weiteren das Landesprogramm **Nachhaltige mobile Region Stuttgart – NAMO-REG** (rund 7 Mio. Euro) mit dem Ziel ins Leben gerufen, „eine dauerhaft tragfähige, umweltgerechte, wirtschaftlich erfolgreiche und sozial ausgewogene Entwicklung im Verkehrssektor mitzugestalten“. In Abstimmung mit dem Verband und der Landeshauptstadt Stuttgart wurden sieben Millionen Euro für Projekte bewilligt und in der Region Stuttgart – unter Beteiligung des Verbandes – umgesetzt, u.a. zur Generierung von Echtzeitdaten zur aktuellen Verkehrslage im ÖPNV, dem Aufbau einer multimodalen echtzeitfähigen Mobilitätsplattform für den IV und den ÖV, der Einrichtung eines Netzes an E-Bike-Stationen an Bahnhaltepunkten „Netz-E-2-R“, der Vernetzung von kommunalen Verkehrsmanagement und Navigationslösungen privater Anbieter (NAVIGAR), der Umsetzung eines E-Bürgerbusses sowie die Einrichtung von drei Expressbuslinien (RELEX) durch den Verband Region Stuttgart.

Der Verband Region Stuttgart unterstützt seit 2018 darüber hinaus finanziell den **Aus- und Neubau von von P+R-Standorten** in der Region Stuttgart (siehe hierzu Sitzungsvorlage 291/2018 des Verkehrsausschusses vom 17.08.2018), um eine flächendeckende Umsetzung des P+R-Konzeptes zu erreichen. Für die Schaffung neuer P+R-Plätze können Kommunen parallel zu Landesfördermitteln eine Vereinbarung mit der Region treffen, mit der die Landesförderung in gleicher Höhe ergänzt wird und die den Einfluss der Region auf die P+R-Anlagen festschreibt (z. B. Belegungserfassung, Parkschein=Fahrschein, polygo-Card). Für die Förderung von bestehenden Stellplätzen bietet der Verband den Kommunen einen Betrag von 180 € je Stellplatz pro Jahr als Einnahmegarantie an, der an spezielle Bedingungen geknüpft ist (Zweckbindung von 20 Jahren und Rechte bei der Festlegung von Parkgebühren und Tarifmodellen liegen bei der Region).

Für eine erste Runde im Herbst 2018 wurden mit Vaihingen (Enz), Gäufelden, Waiblingen, Sersheim und Remseck konkrete Vereinbarungen getroffen und der Neubau von 512 und die Integration von 1.912 Stellplätzen in das bestehende System festgelegt.

Im Rahmen der Debatte um die Luftreinhaltepläne hat sich seit 2016 eine zusätzliche Dynamik in der Förderlandschaft zum Thema „Nachhaltige Mobilität“ entwickelt. Im Zuge des Nationalen Forum Diesel und den folgenden Diesel- und Kommunalgipfeln 2017 (September und November 2017) beschloss die Bundesregierung den Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“, der nach zweimaliger Aufstockung inzwischen mit 1,5 Milliarden Euro dotiert ist. Die Gelder stehen über das „**Sofortprogramm Saubere Luft 2017 – 2020**“ u.a. Kommunen mit besonders hohen Stickstoffdioxid-(NO_x)-Belastungen zur Verfügung, die bei der Gestaltung nachhaltiger und emissionsarmer Mobilität finanziell unterstützt werden sollen. Finanziert werden u.a. die

- Elektrifizierung des urbanen Verkehrs (393 Mio. Euro): u.a. Beschaffung von Elektrofahrzeugen in kommunalen Flotten, Errichtung von Ladeinfrastruktur und der Aufbau von Low-Cost-Infrastruktur, Elektrifizierung von Busflotten im ÖPNV etc.
- Digitalisierung des Verkehrs: Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme durch die Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten, Verkehrsmanagement und Vernetzung (500 Mio. Euro).
- Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV mit Abgasnachbehandlungssystemen (107 Mio. Euro)
- sowie Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, der Umweltbonus und die Verbesserung von Logistikkonzepten und Bündelung von Verkehrsströmen.

Bereits bestehende Förderprogramme des Bundes wurden finanziell aufgestockt bzw. neue Förderprogramme auferlegt (siehe Anlage 4: Übersicht Sofortprogramm und Förderprogramme sowie Anlage 5: Jahresübersicht 2019). Die zusätzlichen Fördermittel sind auf Städte und Kommunen konzentriert, die EU-Grenzwerte überschreiten. Sie wurden aufgerufen, kommunale Masterpläne bzw. Green-City-Pläne für die „Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität“ zu entwickeln.

11 Kommunen in der Region Stuttgart sind von der NO_x-Grenzwertüberschreitung betroffen (Backnang, Stuttgart, Esslingen, Ludwigsburg, Herrenberg, Leinfelden-Echterdingen, Leonberg, Pleidelsheim, Kuchen, Freiberg am Neckar und Markgröningen). 2018 haben die Städte Esslingen, Herrenberg, Ludwigsburg, Stuttgart, Backnang, Leonberg und Markgröningen mit finanzieller Unterstützung einen Masterplan erstellt, der nun durch Projekte zur Umsetzung kommen soll. Er ist gleichzeitig Voraussetzung für die Förderung von Maßnahmen im Rahmen der „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“.

Der Verband Region Stuttgart ist im Kern des Sofortprogramms leider nicht antragsberechtigt. In einigen Masterplänen der Kommunen werden im Bereich Park+Ride und Verkehrsmanagement allerdings Maßnahmen mit regionalem Bezug behandelt. So wurden an die Städte Stuttgart, Ludwigsburg und Leonberg inzwischen aus dem Sofortprogramm Fördermittel vergeben, die die Städte in dem Bereich der Verkehrssteuerung einsetzen. Leonberg installiert einen eigenen Verkehrsrechner, in Ludwigsburg werden die Mittel für die Digitalisierung der Lichtsignalanlagen verwendet. Diese Entwicklung hat auch Wirksamkeit für das Projekt Regionale Mobilitätsplattform der Region, in dem ein übergreifendes regionales Verkehrsmanagement angestrebt wird (siehe Vorlage Nr. 306/2018 des Verkehrsausschusses vom 14.11.2018).

Die in den kommunalen Masterplänen aufgeführten Maßnahmen sind u.a.:¹

- **Esslingen:** Implementierung eines verkehrssteuernden Konzeptes mit selbststeuernden Lichtsignalanlagen entlang der Schorndorfer Straße, Bevorrechtigung von ÖPNV, Fußgängern und Radverkehr, weitere Elektrifizierung des ÖPNV
- **Ludwigsburg:** Maßnahmen im Bereich Elektromobilität, Digitalisierung der Verkehrsleitsysteme, u.a. dynamische Park- und Verkehrslenkungssysteme zur Reduzierung des Parkplatzsuchverkehrs mit Anzeigetafeln und einer Steuerungszentrale, Ausbau der Radinfrastruktur und Maßnahmen zum Ausbau des ÖPNV
- **Backnang:** u.a. Anschaffung eines zentralen Verkehrsrechners und Aufbau eines digitalen Verkehrslenkungssystems, Anbindung aller Lichtsignalanlagen und Etablierung eines übergreifenden Verkehrsmanagements, digitales Verkehrs- und Parkleitsystem, Elektrifizierung des ÖPNV und Stärkung des Radverkehrs etc.
- **Leonberg:** Installation eines neuen Verkehrsrechners zur Lichtsignalsteuerung, dynamische Parkleitsysteme, infrastrukturelle Maßnahmen im ÖPNV etc.
- **Stuttgart:** Datenerfassung und digitale Vernetzung verschiedener Datenquellen u.a. als Planungsgrundlagen für die Verkehrsleitzentrale, Einrichtung einer Busbevorrechtigung für den X1 mit entsprechender Ausstattung an den Lichtsignalanlagen, Digitalisierung der Stadtbahnflotte, Mobilitätsinformations-Terminals etc.
- **Herrenberg** (zusätzliche 4,5 Mio. Euro als eine von bundesweit fünf Modellstädten für saubere Luft): Maßnahmen u.a. Infrastrukturanpassungen im Bereich des Bus- und Radverkehrs und der Elektromobilität, dynamische Verkehrslenkung, kommunale Mobilitäts-App etc.
- **Markgröningen:** Installation von Ladesäulen, Modernisierung Fahrzeugflotte, Planung des Radnetzes und Abstellanlagen, Maßnahmen im ÖPNV wie Buszubringer auf den Schienennahverkehr

Darüber hinaus stellt das Land Kommunen mit Grenzwertüberschreitungen ergänzend zum „Sofortprogramm Saubere Luft 2017 bis 2020“ des Bundes insgesamt 20 Mio. Euro (2018/2019) für die „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ zur Verfügung. Die Mittel werden für unterstützende und ergänzende Maßnahmen der Kommunen wie für die Förderung von Expressbuslinien, von Pilotprojekten in Kommunen, von Personalstellen im Bereich Luftreinhaltung, der nachhaltigen Mobilität und oder des betrieblichen Mobilitätsmanagements eingesetzt.

¹ Die Masterpläne sind alle abrufbar unter <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/masterplaene-green-city-liste.html>

Die vorangegangenen Ausführungen verdeutlichen nur eine Auswahl der Vielzahl an Förderprogrammen und Projekten zur nachhaltigen Mobilität innerhalb der Region Stuttgart. Für die dauerhafte Unterstützung der nachhaltigen Mobilität können Mobilitätsdienstleistungen, innovative P+R-Angebote und insbesondere die regionale Verkehrsmanagementzentrale in einer regionalen Mobilitätsagentur vereint werden. Dazu bedarf es der Unterstützung des Landes und der Kooperationsbereitschaft der beteiligten Kommunen. Die Notwendigkeit wurde nicht zuletzt im Rahmen der Stellungnahme des Verbands zum 1. Entwurf der 3. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für die Landeshauptstadt Stuttgart (siehe Anlage 1 zur Vorlage 299/2018 des Verkehrsausschusses am 10.10.2018) kommuniziert.

Ankerpunkt der regionalen Mobilitätsagentur könnte die regionale Verkehrsmanagementzentrale sein, die – unter Federführung des Verbands Region Stuttgart – schwerpunktmäßig für die Landkreise und Kommunen im „Ring“ um Stuttgart aufgebaut werden soll. Ziel ist es, eine dauerhafte und übergreifende Zusammenarbeit der Akteure im zuständigkeitsübergreifendem dynamischem Verkehrsmanagement zu etablieren. Kooperationen zeichnen sich aktuell mit den Städten Ludwigsburg, Waiblingen, Fellbach, Böblingen, Leonberg und Ditzingen, dem Rems-Murr-Kreis, dem Landkreis Böblingen sowie der Straßenverkehrszentrale Baden-Württemberg (SVZ BW), dem Regierungspräsidium Stuttgart sowie der Integrierten Verkehrsleitzentrale der Stadt Stuttgart (IVLZ LHS) ab (siehe hierzu auch Vorlage 281/2018, Verkehrsausschuss vom 04.07.2018).

Ein Bericht über den Projektfortschritt der regionalen Verkehrsmanagementzentrale bzw. regionalen Mobilitätsagentur erfolgt im Verkehrsausschuss.

II. Beschlussvorschlag

1. Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der SPD-Fraktion „Aufbau einer regionalen Mobilitätsagentur als Baustein einer Smart City Initiative“ vom 20. Oktober 2017 wird in den Punkten 2 und 3 für erledigt erklärt.